

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
Fraktion DIE LINKE

09. November 2022

## **MdL Torsten Koplín**

TOP 10

Antrag der Landesregierung

### **Einwilligung des Landtages zu dem Antrag auf Änderung des Wirtschaftsplans des Sondervermögens „MV-Schutzfonds“**

- Drucksache 8/1453 –

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
Sehr geehrte Abgeordnete,

Mit diesem Antrag werden die Mittel für die Finanzierung des Long Covid Instituts in Rostock sowie die Post- und Long-COVID Versorgung und Forschung an den Universitätsmedizinen Greifswald und Rostock freigegeben.

Das Long-Covid Institut wird eine Lotsenfunktion für Patient\*innen, Unternehmen und Kliniken einnehmen und darüber hinaus der Therapieentwicklung und dem Kompetenzaufbau im Land dienen. Parallel dazu sollen an den beiden Universitätsmedizinen die Long-COVID-Ambulanzen ausgebaut und durch drei Forschungsprojekte zur Therapieentwicklung unterstützt werden. Damit erreichen wir eine synergetische Zusammenführung der bisher gesammelten Daten und erweitern wesentlich das Behandlungsangebot für die vielen untere Long-Covid leidenden Menschen.

Im Namen meiner Fraktion bedanke ich mich, dass das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport diese Projekte vergleichsweise zügig auf den Weg gebracht hat – denn es ist ein wichtiger und notwendiger Schritt für unser Land in mindestens dreierlei Hinsicht:

Da wären zuallererst die betroffenen Menschen.

Wie wir schon in der vergangenen Landtagssitzung gehört haben, wird für Mecklenburg-Vorpommern mit bis zu 30.000 Betroffenen gerechnet. Das ist eine erschreckend hohe Zahl, damit droht Long Covid zu einer neuen Volkskrankheit zu werden.

Aktuell haben wir die Situation, dass viele Patient\*innen in Sachen Behandlung und Beratung völlig auf sich allein gestellt sind - Ja, dass es Glückssache ist, an einen Arzt oder eine Ärztin zu geraten, die über den Umgang mit der Erkrankung informiert ist.

Darauf müssen wir reagieren, ein schnellstmögliches Gegensteuern ist das Gebot der Stunde.

Die Politik darf die Long-Covid Erkrankten nicht ebenso vernachlässigen, wie es jahrzehntelang mit den Betroffenen des Chronischen Fatigue-Syndrom der Fall war. Denn das hatte zur Folge, dass diese Erkrankung und mögliche Therapieansätze kaum erforscht sind und die Patient\*innen – darunter viele Kinder – einfach aus dem sozialen Fokus verschwunden waren.

Mit den hier zu bewilligenden Mitteln wird sich dieses fatale Versäumnis hoffentlich ein Stück weit beheben lassen, denn die vorgesehenen Studien sollen auch Erkenntnisse für die Behandlung des Chronischen Fatigue-Syndroms erbringen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Die hier beantragten Maßnahmen sind noch in einem weiteren Punkt für uns von großer Bedeutung: Im Rahmen der Projekte soll ein Modell entwickelt werden, mit dem die so wichtigen Diagnostik- und Therapieleistungen bei der gesetzlichen Krankenversicherung abgerechnet werden können. Bisher geht das nämlich nicht.

Stattdessen müssen Patient\*innen bisher entweder selbst zahlen oder sie können schlicht und ergreifend nicht behandelt werden. Auf der Seite des Patientenbeauftragten der Bundesregierung beschreibt es eine Betroffene folgendermaßen:

„Long COVID, das sind diverse kostspielige Tests, Nahrungsergänzungsmittel [...], medizinische Hilfsmittel und Behandlungen wie das Sauerstofftraining. Das sind viele Tausende Euro, die keiner zahlt, außer uns selbst.“

Das ist ein unhaltbarer Zustand, der dringend beseitigt werden muss.

Mit der Förderung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, stärken wir zudem den Wissenschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern.

Unsere Universitätsmedizinen müssen für die Patient\*innenversorgung und Forschung zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer Spätfolgen Herausragendes leisten.

Insofern ist es nur folgerichtig, dass wir der universitären Spitzenmedizin bei dieser Aufgabe unter die Arme greifen. Damit wird sich Mecklenburg-Vorpommern hervorragend in die aktuelle Forschungslandschaft zum Thema Long-Covid einfügen. Einige andere Bundesländer, wie Rheinland-Pfalz, Sachsen oder Bayern haben bereits Forschungsvorhaben auf den Weg gebracht, um die eher spärlichen Bundesmittel von 6,5 Millionen Euro zu ergänzen. Auch wir werden nun unseren Beitrag leisten.

Um die zu schaffenden Strukturen dann auch nachhaltig zu verankern, sollte perspektivisch eine Anschlussfinanzierung angestrebt werden. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport befindet sich dazu bereits im Austausch mit dem Bundesgesundheitsministerium. Wir werden diesen Prozess weiterhin begleiten.

Vielen Dank